



IG BAU fordert flexible Übergänge für Beschäftigte im Handwerk In Duisburg und am Niederrhein schaffen es nur 178 Bauarbeiter bis zum Rentenalter

Wenn der Körper nicht mehr mitspielt: Von den rund 9520 Bauarbeitern in Duisburg und am Niederrhein sind nach aktuellen Angaben der Arbeitsagentur gerade einmal 178 Beschäftigte zwischen 63 und 65 Jahre alt. Ähnlich sieht es bei den über 60-Jährigen aus: In dieser Altersgruppe zählt die Baubranche nur 484 Beschäftigte, wie die IG Bauen-Agrar-Umwelt mitteilt. Für die IG BAU Duisburg-Niederrhein sprechen die Zahlen eine klare Sprache: „Nur die wenigsten Bauarbeiter halten körperlich bis zum Rentenalter durch. Für sie gibt es heute nur ein Hop oder Top – entweder volles Arbeitsprogramm oder raus aus dem Job. Das kann es aber nicht sein“, kritisiert Bezirkschef Friedhelm Bierkant. Für Beschäftigte im Handwerk müsse es flexible Übergänge in die Rente geben – ohne frühzeitig aus dem Betrieb auszusteigen.

Die derzeit von der Bundesregierung geplante „Flexi-Rente“ sei dabei keine Lösung. „Der Gesetzentwurf konzentriert sich auf höhere Zuverdienst-Grenzen bei einer Teilrente. Außerdem soll das Arbeiten über das Rentenalter hinaus einfacher werden. Davon haben aber die Beschäftigten auf dem Bau nichts“, sagt Bierkant. Ab 55 oder 60 Jahren im alten Job voll weiterzuarbeiten, sei für die meisten von ihnen die „reinste Utopie“.

Stattdessen plädiert die IG BAU für ein „Alters-Flexi“, das besonders Beschäftigten im Handwerk zugutekäme. Das Modell sieht eine Art Kurzarbeitergeld im Alter vor, wenn wegen Gesundheitsproblemen eine Kündigung droht. Friedhelm Bierkant: „Wer als Maurer oder Straßenbauer irgendwann nicht mehr volle 40 Stunden schafft, der sollte die Möglichkeit bekommen, zum Beispiel auch mit 15 Wochenstunden in der Firma zu bleiben. Für die fehlenden 25 Stunden würde er von der Arbeitsagentur Kurzarbeitergeld bekommen.“ Der Staat müsse hier die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Angesichts der guten Haushaltslage des Bundes gebe es dafür genug Spielraum.

Das „Alters-Flexi“ soll nach dem Vorschlag der IG BAU bereits ab 58 Jahren greifen. Damit bliebe den Beschäftigten der Gang zum Amt kurz vor der Rente erspart. Denn bei der derzeitigen Regelung seien viele Bauarbeiter auf „Alters-Hartz-IV“ angewiesen – „und das, obwohl sie Jahrzehnte hart geschuftet haben“, so Bierkant.

Für die Bauwirtschaft in Duisburg und am Niederrhein sei das frühe Ausscheiden erfahrener Mitarbeiter zudem oft ein großer Verlust. „Mit flexiblen Übergängen ist nicht nur den Bauleuten geholfen, sondern auch den Betrieben“, ist sich der IG BAU-Bezirksvorsitzende sicher. So könnten ältere Beschäftigte ihr Fachwissen an den Nachwuchs weitergeben.

Darüber hinaus setzt sich die IG BAU zusammen mit dem DGB für eine Stärkung der gesetzlichen Rente ein. Vor der nächsten Bundestagswahl komme es darauf an, einen „Kurswechsel“ in der Rentenpolitik herbeizuführen, fordert der Gewerkschafter: „Altersarmut dürfen wir uns nicht erlauben. In den Handwerksberufen heißt das, eine faire Regelung für die zu finden, die körperlich nicht mehr können.“

Dabei solle sich die Politik ruhig am vielzitierten Dachdecker orientieren, sagt Bierkant. Von den rund 310 Dachdeckern in Duisburg und am Niederrhein verblieben zuletzt gerade einmal sieben über das 63. Lebensjahr hinaus im Job.



IG BAU verabschiedet Resolution für verantwortungsvolle Industriepolitik

Frankfurt am Main, 20.09.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) spricht sich für eine bessere Infrastruktur und stärkere Verantwortung des Staates bei der Vergabe öffentlicher Aufträge aus. Im Rahmen der „Woche der Industrie“ hat die IG BAU auf einer bundesweiten Arbeitstagung in Frankfurt am Main unter dem Motto „Gute Infrastruktur, Faire Arbeit – für eine aktive Industriepolitik“ eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Die „Woche der Industrie“ findet noch bis zum 25. September 2016 statt. Aufgerufen dazu hat das Bündnis „Zukunft der Industrie“, das Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gemeinsam mit Industrieverbänden und Gewerkschaften gegründet hat.

„Die Industrie trägt mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zur Steigerung der Lebensqualität bei und macht unser Leben im Alltag einfacher“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Die Industriebeschäftigten rund um Bauen, Baustoff und Industrielle Dienstleistungen arbeiten daran kräftig mit.“

Die IG BAU fordert in der Resolution, dass Deutschland mehr in eine gute, moderne, öffentliche Infrastruktur und bezahlbaren Wohnungsbau investiert. Die Industriepolitik muss danach gezielt Unternehmen stärken, deren Arbeitnehmer innovative, zukunftsfähige Produkte unter fairen Arbeitsbedingungen herstellen. Schließlich dürfen Infrastruktur-Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die faire Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung garantieren.

„Dies sind die Voraussetzungen, die eine moderne, verantwortungsbewusste Gesellschaft schaffen muss, damit die Arbeit in unseren Branchen attraktiv und zukunftsfähig bleibt“, sagte Feiger. „Kern einer aktiven Industriepolitik ist es, faire Arbeit in zukunftsfähigen Bereichen zu stärken.“

Lokalkompass